



LEITARTIKEL

Arbeitsbelastung bei der Polizei!

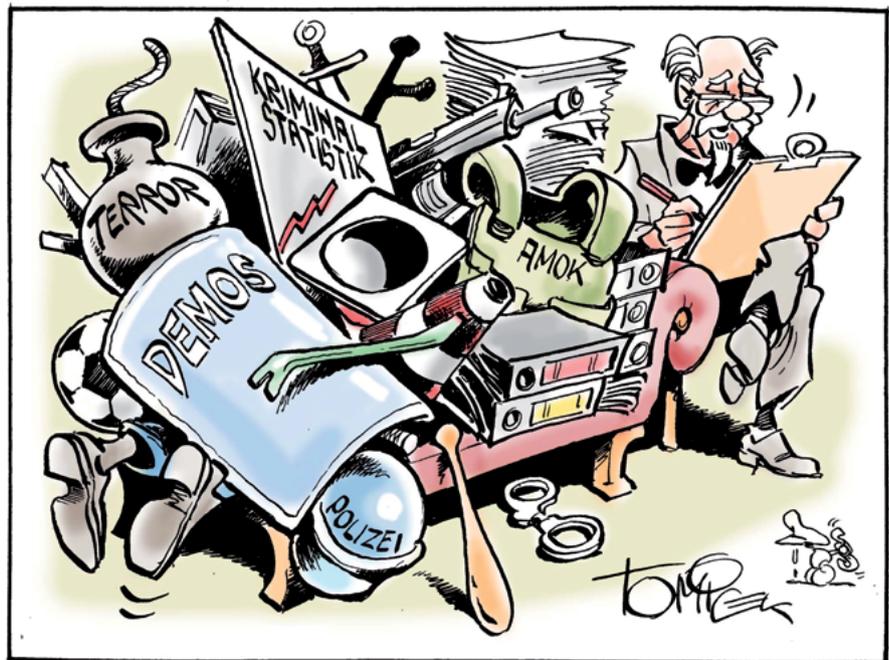
Das Thema „Arbeitsbelastung“ ist nicht neu, aber derzeit wieder höchst aktuell. Der Einsatz der 20 000 Kolleginnen und Kollegen beim G20-Gipfel in Hamburg verdient allergrößten Respekt. Alle, auch die ca. 2000 Kräfte aus Niedersachsen, haben bis zur Erschöpfung gearbeitet. Davon habe ich mir vor Ort zwei Tage lang selbst ein Bild gemacht und habe auch im Schanzenviertel Ausschreitungen beobachtet. Die Gewaltexzesse haben mich sehr erschüttert.

Für den Einsatz der niedersächsischen Beamtinnen und Beamten habe ich sofort gegenüber der Politik mindestens zwei Tage dienstfrei zusätzlich bzw. Sonderurlaub gefordert, um den Schlafmangel auszugleichen und die Zeit, die mit Kindern, der Familie und Partnern verpasst wurde, wenigstens ein bisschen nachzuholen. Dieser Forderung ist das niedersächsische Innenministerium nachgekommen und hat drei Tage Sonderurlaub gewährt. Den verletzten Polizistinnen und Polizisten wünschen wir von der GdP schnelle und gute Genesung. Außerdem gebührt den Polizeikräften, die in der Zwischenzeit mit reduziertem Personal die Arbeit in Niedersachsen gemacht haben, große Anerkennung.

Die GdP wird sich weiterhin für bessere Rahmenbedingungen, unter anderem für eine gerechtere Bewertung polizeilicher Arbeit, schnellere Beförderungen, die Erhöhung der Zahlung für Dienste zu ungünstigen Zeiten und die Wiedereinführung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) stark machen!

Unter dem Eindruck dieses Einsatzes in Hamburg ist auch ein Flyer von 2003, der mir bei der Recherche zu diesem Themenkomplex in die Hände gefallen ist, so aktuell wie nie zuvor.

Damals war ich Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates und alle



„WAS BEDRÜCKT SIE, HERR KOMMISSAR?“

niedersächsischen Polizeipersonalräte haben auf einer Tagung am 4. Dezember 2003 beschlossen, einen „Polizeilichen Notruf“ abzusetzen. Auch in der Presse wurde darüber berichtet:

„Personalräte schlagen Alarm – Polizeilicher Notruf“

Am 4. Dezember 2003 haben die Personalvertretungen der Polizei, die rund 22 000 Beschäftigte vertreten, beschlossen, die verantwortlich handelnden Politiker in Niedersachsen in Form einer Protestnote aufzufordern, Information und Beteiligung ernst zu nehmen und die Belastung zu reduzieren.“

Was ist seitdem passiert? Damals regierte eine CDU/FDP-Landesregierung. Trotz eines geplanten 1000er-Verstärkungsprogramms – welches am Ende der Regierungszeit 2013 aber leider keine Verstärkung um 1000 Beschäftigte gebracht hat – ist die Belastung für die Polizeikräfte stetig gestiegen. Etliche Aufgaben sind hinzugekommen, die Arbeitsintensität hat zugenommen, Einsatzanlässe

haben ebenso wie die Gewalt gegen die Polizei erheblich zugenommen, aber es wurde nicht mit ausreichend zusätzlichem Personal darauf reagiert.

Mehr Personal bis 2015 für Politik kein Thema

Die GdP hat dauerhaft darauf hingewiesen, sowohl bei der alten Landesregierung als auch bei der neuen aus SPD/Grünen, die seit 2013 in Niedersachsen die Verantwortung hat. Bis zu den Anschlägen in Paris im Januar und November 2015 und anschließend in Belgien, Nizza, der Türkei und letztlich in Deutschland mit mehreren Hundert Toten und Verletzten (darunter auch Polizeiangehörige) hieß es aber immer, dass die Haushaltskonsolidierung, „die Schwarze Null“ sowie die Schuldenbremse im Vordergrund stehen würden und die Polizei kein zusätzliches Personal benötige.

Fortsetzung auf Seite 2



Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die übernächste Ausgabe 10/2017 bis zum 26. August 2017.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe

Niedersachsen

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Christopher Finck
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454

Fortsetzung von Seite 1

Diese Sichtweise war ein Trugschluss, und zwar auch vor den Anschlägen. Die öffentlichkeitswirksame und bundesweite GdP-Aktion „Wir brauchen Verstärkung“, die ab Ende 2015 in allen Bundesländern und somit auch in Niedersachsen an den Start ging, wurde bereits 2014 konzipiert, ohne Wissen der zusätzlichen Belastung durch den islamistischen Terrorismus. Schon ohne diese zusätzliche Aufgabe war die Arbeitsbelastung erheblich. Rund 16 000 Stellen im Vollzug, bei den Verwaltungsbeamten/-innen und Tarifbeschäftigten bei der Polizei wurden in den letzten Jahren bei den Ländern und im Bund abgebaut.

Mit dem Nachtragshaushalt 2015 haben die Landesregierung und die Regierungsfractionen SPD und Grüne dann mit zusätzlichen Personalstellen reagiert, ausreichend war das allerdings nicht. Auch die Opposition aus CDU und FDP hat Forderungen erhoben, die über die eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen der SPD und Grünen hinausgingen.

Derweil steigt die Belastung weiter, die Krankenquote nimmt zu. Erst kürzlich haben Personalräte und Berufsvertretungen aus der Polizeidirektion Lüneburg per öffentlicher Forderung die Politik und die Polizeiführung zum Handeln aufgefordert. Der dortige Polizeipräsident vertrat nach der Darstellung der Interessenvertretungen allerdings weiterhin die Auffassung, dass genug Personal vorhanden sei; offenbar auch eine Falsch einschätzung.

Arbeitsbelastung geht an die Substanz

Schlägt man bei Wikipedia nach, so kann man Folgendes lesen: „*Nach DIN EN ISO 6385:2004, Grundsätze der Ergonomie für die Gestaltung von Arbeitssystemen, versteht man unter Arbeitsbelastung die ‚Gesamtheit der äußeren Bedingungen und Anforderungen im Arbeitssystem, die auf den physiologischen und/oder psychologischen Zustand einer Person einwirken‘. Belastungen wirken ausgehend von einer Situation auf den Menschen. Sie beanspruchen seine Ressourcen.*“

Und beim Weiterlesen kann man entdecken, dass „... das ‚Doping am Arbeitsplatz‘, also die deutliche Zunahme der Selbstmedikation am oder

für den Arbeitsplatz, deutlich angestiegen ist. Etwa 400 000 bis 800 000 Betroffene werden als ‚echte Doper‘ angesehen. Nicht die absoluten Zahlen, aber die Entwicklung des Medikamentenmissbrauches sei besorgniserregend. Besonders betroffen seien Menschen, die in einer sehr deregulierten Arbeitssituation stecken – also alle, die sehr viele Überstunden machen, nachts arbeiten müssen oder anders stark beansprucht werden“.

Das trifft bei der Polizei allemal zu. Es ist also nicht verwunderlich, dass immer mehr Arbeit mit dem gleichen oder reduzierten Personal durchgeführt werden muss, was unweigerlich zu erhöhtem Arbeitsdruck und letztendlich zu Krankheiten führt.

Gesundheitsvorsorge: GdP schaut Parteien auf die Finger

In Deutschland ergibt sich aus dem Arbeitsschutzgesetz eine Pflicht des Arbeitgebers zur Gefährdungsbeurteilung von Arbeitsprozessen. Mit angemessener Prävention, Wirksamkeitskontrolle und Dokumentation ist sicherzustellen, dass Belastung durch Arbeit keine körperlichen und psychischen Schäden verursacht. Die Personalvertretungen sowie die Gewerkschafter der Polizei fordern die Dienststellen und die Politik auf, sich dieser Problematik intensiver anzunehmen. Neben dem von der GdP durchgesetzten Gesundheitsmanagement bei der Polizei ist aber die Verstärkung der Polizei in allen Bereichen unausweichlich.

Das GdP-Attraktivitätsprogramm mit der Überschrift „Richtungsweisend. Mit Sicherheit“, das wir auf der Landespressekonferenz am 9. Juni 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt haben, spricht ganz konkret Notwendigkeiten an, die umgehend angegangen werden müssen, um die Belastung zu reduzieren und die Attraktivität innerhalb der Polizei zu verbessern – am besten mit einem Nachtragshaushalt schon in diesem Jahr.

Die GdP wird sehr genau darauf achten, welche Parteien im Vorfeld der Landtagswahlen am 14. Januar 2018 diese wichtigen und richtigen Forderungen in ihre Wahl- und Parteiprogramme mit aufnehmen.

**Dietmar Schilff,
Landesvorsitzender**



VORRATSDATENSPEICHERUNG

Schwerer Rückschlag

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) verhindert die Vorratsdatenspeicherung und die Erhebung zurückliegender Standortdaten. Gleichzeitig lässt sich die Politik dafür feiern, dass höhere Strafen bei Einbrüchen verhängt werden können und die Quellen-TKÜ eingeführt wurde. Der Fachausschuss Kriminalpolizei in der GdP Niedersachsen kritisiert das. Denn es bedeutet einen Rückschritt im doppelten Sinne.

Die Entscheidung der BNetzA, nicht tätig zu werden, wenn Netzbetreiber gegen die Speicherungspflicht verstoßen, hat sofort dazu geführt, dass sich die Netzbetreiber derzeit weigern, den Sicherheitsbehörden entsprechende Auskünfte zu erteilen. Damit stehen die sogenannten Vorratsdaten praktisch bis auf Weiteres nicht zur Verfügung. In dem Einführungsgesetz aus Dezember 2015 wurden aber nicht nur die neuen Regelungen zur „Vorratsdatenspeicherung“ (VDS) eingeführt, sondern zusätzlich auch noch die Erhebung von zurückliegenden Daten verboten.

Zwar wurde hierfür eine Übergangsfrist bis zum 29. Juli 2017 für die Erhebung von zurückliegenden Standortdaten nach § 96 Telekommunikationsgesetz (TKG) festgelegt – allerdings mit dem Ziel, im Anschluss daran auf die zurückliegenden Standortdaten (bis maximal vier Wochen) mithilfe der neuen „Vorratsdaten“ zurückzugreifen.

Nun ist beides weg: Sowohl alle Daten aus der VDS als auch Standortdaten, die in der Übergangsfrist noch erhoben werden durften. Für die polizeiliche Arbeit ist das ein doppelter Rückschritt! Diensteanbieter dürfen zwar weiterhin unter anderem Verkehrsdaten erheben, soweit dies zum technischen Betrieb oder für Abrechnungszwecke erforderlich ist. Sie müssen das aber nicht tun! Das heißt, dass zukünftig alle Mobilfunknetzbetreiber ihre Daten nur noch maximal bis zu sieben Tage lang vorhalten werden.

Damit stehen den Sicherheitsbehörden noch weniger Rechte und Möglichkeiten zur Bekämpfung von Terrorismus und Schwerstkriminalität zur Verfügung, als es vor Einführung der neuen Regelung zur VDS im Dezember 2015 der Fall war. Zum einen stehen jetzt die „Vorratsdaten“ nach

§ 113 b TKG bis auf Weiteres nicht zur Verfügung und zum anderen sind mit Auslaufen der Übergangsfrist bzw. der Entscheidung der BNetzA auch keine zurückliegenden Standortdaten nach § 96 TKG mehr verfügbar.

Daher bleibt den Sicherheitsbehörden nur noch eine Möglichkeit, an Standortdaten, gegebenenfalls sogar in Echtzeit, zu gelangen: Indem nämlich die klassische Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) nach § 100 a StPO richterlich angeordnet wird. Dies bedeutet aber einen schweren Eingriff in die Grundrechte, weil auf diese Weise sämtliche Kommunikationsinhalte herausgegeben werden können und nicht nur die reinen Verkehrs- bzw. Verbindungsdaten aus den „Vorratsdaten“.

Kurz vor der Maßnahme der BNetzA feierte sich die Bundesregierung noch dafür, dass sie die möglichen Strafen für Wohnungseinbruch erhöht und somit auch für die Aufklärung solcher Delikte laut StPO einen Rückgriff auf Verkehrsdaten ermöglicht und Ermittlungshemmnisse beseitigt.

Als jedoch zur Bekämpfung des Terrorismus und der Schwerstkriminalität im Juni 2017 auch noch die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) im Bundestag beschlossen wurde, meldeten sich die üblichen Zweifler wie die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zu Wort, die „den bisher schwersten Eingriff in die Privatsphäre der Bürger“ sofort vor dem Bundesverfassungsgericht wieder einkassieren wollen. Für die Sicherheitsbehörden gebe es gar keinen Nachholbedarf in der digitalen Welt, so das Argument. Der Staat würde dieses Mittel nur nutzen, um die Überwachung der Bürger auf ein bislang unbekanntes Maß auszuweiten (Focus 27/2017).

Diese völlig überzogene Form der Darstellung ist reine Angstmache und reines Wahlkampfgetöse, meint der Fachausschuss Kriminalpolizei in der GdP Niedersachsen. Angst ist aber ein schlechter Ratgeber! Notwendig ist vielmehr die Rückkehr zu einer Versachlichung, um zügig zu einer tragfähigen Lösung zu kommen, die dringend geboten ist. Die Sicherheitsbehörden fühlen sich Rechtsstaatlichkeit besonders verpflichtet und brauchen daher jetzt endlich einen sicheren Handlungsrahmen.

Nicht nur, dass die Quellen-TKÜ an hohe rechtliche Hürden gebunden ist,

Tagung „Friedlicher Fußball“

Am 20. Juni 2017 debatierten acht Vertreter verschiedener Gruppen und Positionen – auf Einladung der GdP, in Braunschweig über die Zukunft des Fußballs.

Ein kleiner Film machte die Bedeutung der Fachtagung für die rund 80 interessierten Gäste erlebbar: Das Video zeigte den Marsch von ca. 3000 Dynamo-Fans beim Spiel gegen Karlsruhe, die nicht nur in Militäroufits auftraten, sondern auch die Parole „Krieg dem DFB“ skandierten. Nebenher waren alle Beteiligten und die Polizei von dichtem Rauch umhüllt, Böller flogen.

Nach sehr interessanten Diskussionen, an denen auch der Polizeipräsident Michael Pientka und der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff teilnahmen, schloss die souveräne Moderatorin Frau Herzberg nach gut zwei Stunden die Veranstaltung mit dem Wunsch, den Austausch weiterzuführen. Die Fachtagung sei ein guter Auftakt für gleich gelagerte Veranstaltungen im Land.

Der gesamte Bericht ist auf der GdP-Homepage nachzulesen.

CF, DS

auch die praktische Umsetzung ist viel komplexer und problematischer als uns die vielen Berichte über den sogenannten Bundestrojaner weismachen wollen. Die geringen Einsatzmöglichkeiten können die Behinderung der polizeilichen Arbeit durch das Brachliegen der Verkehrsdatenspeicherung nicht ansatzweise ausgleichen.

Wir Ermittler können das immer schlechter werdende Handwerkzeug, das die Politik uns zur Verfügung stellt, inzwischen nicht mehr durch unser durchgängig hohes Engagement ausgleichen. Schuldzuweisungen an Polizei und Justiz sind überflüssig, werden sich aber nach dem nächsten Terroranschlag, steigender Clan-Kriminalität oder steigender Zahlen bei den Wohnungseinbrüchen reflexartig wiederholen.

Die Politik ist gefordert, den Sicherheitsbehörden eine rechtssichere Verfahrensweise an die Hand zu geben. Die GdP fordert die Innen- und Justizminister auf, schnellstmöglich für einheitliche Regeln zu sorgen, die mit dem Europarecht im Einklang stehen.

Andreas Nünemann



Mitgliederzahl seit vielen Jahren auf neuem Höchststand

Nach 2016 haben auch im April dieses Jahres junge, angehende Polizistinnen und Polizisten ihr Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen aufgenommen. Der GdP-Landesbezirk hatte sich schon sehr lange dafür eingesetzt, dass neben dem Einstellungstermin im Oktober jeweils auch ein zweiter im April erfolgt. Nur so sei es möglich, die durch Ruhestand frei werdenden Stellen im Laufe des Jahres zeitnah wiederzubesetzen, betonte der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff.

Insgesamt nahmen Anfang April 275 junge Menschen im Bachelorjahrgang 12/17 ihr Studium in Ol-

denburg auf. Die GdP begrüßt alle Studierenden sehr herzlich und wünscht weiterhin gutes Gelingen und viel Spaß in ihrer Ausbildung. „Die personelle Unterstützung ist mehr als notwendig“, so Schilff weiter. Die Dienststellen freuten sich bereits jetzt auf die neuen Kolleginnen und Kollegen, die ab 1. April 2020 zur Verfügung stehen werden. Sehr erfreulich sei es auch, dass von den 275 Neueingestellten bis zum 1. Juli 2017 insgesamt schon 240 Mitglied der GdP Niedersachsen geworden sind. Außerdem traten im ersten Halbjahr 2017 noch etwa 100 Mitarbeiter niedersächsischer Polizeibehörden in die GdP ein. Damit habe die Mitgliederzahl zur Mitte eines Jahres einen neuen Höchststand erreicht.

Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff: „Ich begrüße sowohl alle neuen Mitglieder des Studienjahrgangs als auch alle anderen Neumitglieder auf das Herzlichste. Die Mitgliedschaft in der GdP ist eine wichtige und richtige Entscheidung. Die GdP ist seit Jahrzehnten weltweit die mitgliederstärkste polizeiliche Interessenvertretung und auch in Niedersachsen mit über 14 500 Mitgliedern die weitaus größte Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte. Wir sind in unseren Kreis- und Bezirksgruppen überall vor Ort präsent. Darüber hinaus geht ohne die GdP auch nichts in der Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie in den Personalräten.

Gewerkschaftsarbeit sei wichtiger denn je, betonte Schilff in diesem Zusammenhang, damit sich die Arbeits- und Lebensbedingungen kontinuierlich verbessern. Etwas habe die GdP mit der starken Unterstützung ihrer Mitglieder schon erreichen können. Einiges müsse aber noch angegangen werden, wie dem aktuellen GdP-Attraktivitätsprogramm zu entnehmen ist, das die GdP Niedersachsen im Juni bei der Landespressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt hat (siehe Bericht in der Juliausgabe der DP). Eine der wichtigsten Forderungen darin ist die gerechte Bewertung polizeilicher Arbeit: Die Wartezeit auf die erste Beförderung nach A 10 sowie die nächste nach A 11 müsse deutlich verringert werden. Außerdem sind demnach Verbesserungen unter anderem im Bereich der Gesundheitsvorsorge und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dringend erforderlich, um den Polizeiberuf noch attraktiver zu machen. Ebenso sind die Perspektiven für Verwaltungsbeamte und -beamtinnen sowie für die Tarifbeschäftigten stark verbesserungswürdig.

Schilff sagte abschließend: „Solche gewerkschaftlichen Ziele kann man nur mit großer Solidarität, starker Mitgliedschaft sowie eindeutigen Botschaften und Forderungen an die Politik erreichen. Von daher sage ich noch einmal: Herzlich willkommen in der GdP.“

Red.

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de





Urlaub 2017/18



Die Winterkataloge sind da!

Buchen Sie oder Ihre Angehörigen Ihren Winterurlaub in unserem Reisebüro mit

5 % Ermäßigung!

Eine kleine Auswahl einiger unserer Reisepartner ...



GdP-Touristik
Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover
Tel. 05 11/53 03 80 / Fax 05 11/5 30 38 50
service@gdp-service.de / www.gdp-service.de



Aktivitäten des Landesvorstandes

Gewerkschaftliche Themen auch außerhalb der Polizei präsentieren, sich mit gesellschaftlichen Gruppierungen vernetzen, sich klar zu polizeikritischen Fragen positionieren, sich mit Medienvertretern und Politikern intensiv austauschen: Darin sieht die GdP schon immer ihre Aufgabe. Deshalb nehmen GdP-Vertreter/-innen Einladungen zu Veranstaltungen als Referent, als Teilnehmer auf Podien, zu Pressegesprächen oder auch nur als Gast bei interessanten Tagungen gerne an.

Gerade der Austausch und die unterschiedliche Sicht auf Dinge sowie die Diskussion dazu erweitern den Horizont und sorgen dann oftmals für eine andere Sichtweise, für Verständnis für die jeweils andere Position, aber auch für mehr Sensibilität bei der Kritik anderer gegenüber der Polizei.

In den letzten Wochen gab es dafür für GdP-Funktionsträger/-innen wieder etliche Möglichkeiten, z.B.:

- Podiumsdiskussion in Hameln zur „Schlacht um das AKW Grohnde“ vor 40 Jahren
- Podiumsdiskussion des Bistums Hildesheim zu „Werte und Moral“
- Gespräche mit politischen Vertretern/-innen der im Landtag vertretenen Parteien sowie Anhörungen im Innenausschuss, z.B. zum Gefahrenabwehrgesetz
- Erfolgreiche Diskussion mit Finanzminister Schneider zur Verbesserung der zusätzlichen Erhöhung der Besoldung bei unteren Gehaltsgruppen
- Austausch mit der Leiterin der neu eingerichteten Landeszentrale für politische Bildung, Ulrika Engler
- Kontakt zu den Einsatzkräften am Himmelfahrtstag beim Relegationspiel Wolfsburg gegen Braunschweig
- Teilnahme an der Betriebsversammlung von VW in Wolfsburg (13 000 Teilnehmer/-innen) und anschließender Austausch mit dem VW-Betriebsrat zu Themen der Mitbestimmung und den Belastungen der Beschäftigten bei VW und bei der Polizei
- Referate zu polizeilicher Interessen- und Personalvertretung, zu Themen der Inneren Sicherheit sowie zur Be-

lastung der Polizeibesetzten vor VW-Betriebsräten und Vertrauensleuten

- Deutscher Präventionstag in Hannover
- GdP-Fachtagung „Friedlicher Fußball“ in Braunschweig
- Teilnahme an der Podiumsdiskussion der Braunschweiger Zeitung zum NSU-Untersuchungsausschuss
- GdP-Betreuung auch beim diesjährigen Behördenmarathon am Maschsee in Hannover
- Gespräche und Interviews mit Medien zu Polizei- und Gesellschaftsthemen
- Landespressekonferenz zur Vorstellung des GdP-Attraktivitätsprogramms „Richtungsweisend. Mit Sicherheit!“
- Politisches Spargelesen der CDU in Barsinghausen
- Gespräche beim Sommertreffen der SPD/Grünen-Landtagsfraktionen in Hannover

- Forum zur SPD-Innenpolitik in Osna-brück
- Vorbereitungsgespräche zur GdP-Einsatzbetreuung beim G20-Gipfel in Hamburg und Einsatzbetreuung vor Ort
- Gespräche anlässlich des Sommer-treffens des Landes Niedersachsen in Berlin
- Gespräche beim Sommertreffen der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin
- Gespräche beim Empfang der CDU-Fraktion Niedersachsen

Diese Interessenvertretungsarbeit ist enorm wichtig, um zum einen die richtigen Erwartungen und Forderungen der Polizeibesetzten auch außerhalb der Polizei zu transportieren, zum anderen aber auch, um selbst über den Tellerrand zu schauen und sich den geschärften Blick auf Entwicklungen, Auffassungen und Veränderungen zu erhalten. Die GdP bleibt weiter dran. Richtungsweisend. Mit Sicherheit! **DS**

Am Freitag, 18. 8. 2017, ab 19 Uhr veranstaltet die Kreisgruppe Braunschweig zum dritten Mal ihre beliebte Blaulicht-party Braunschweig. Die Party findet auf dem Gelände des THW Braunschweig – Ludwig-Winter-Str. 11 in Braunschweig – statt. Eintrittskarten gibt es noch bei den Vertrauensleuten zum Preis von 10 Euro. In diesem Preis ist ein Essen enthalten. Neben DJ Tom spielt die Band Jelly Park aus Lengede auf.
Klaus Uhde



GROSSE DANKBARKEIT FÜR ENERGY-DRINKS UND ERDNÜSSE**GdP Niedersachsen versorgt Einsatzkräfte beim G20-Gipfel in Hamburg**

„Wir haben gespürt, dass die Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar waren für unseren Einsatz, gerade in der Nacht“, sagt Klaus-Dieter Schreier von den GdP-Senioren nach seiner Rückkehr aus Hamburg. Zusammen mit Wolfgang Teschner und dem aktiven Polizisten Ingo Knüppel war er am Mittwoch, 5. Juli, nach Hamburg aufgebrochen, um dort Einsatzkräfte beim G20-Gipfel zu versorgen.

Wegen der gewalttätigen Ausschreitungen wurde die Betreuung jedoch zwei Tage später aus Sicherheitsgründen abgebrochen. Deshalb war der vierte Helfer, Erwin Jark, für gerade mal drei Stunden angereist. „Bedauerlich, aber nachvollziehbar, dass die auswärtigen GdP-Betreuer abgezogen wurden“, so Teschner.

Als „Team Hannover“ hatten die ehrenamtlichen Einsatzbetreuer jedoch zuvor zweimal ihre Runde gedreht und einzelne Posten versorgt. Am liebsten hätten die Polizistinnen und Polizisten zum heißen Kaffee, den gekühlten Getränken und den Energy-Drinks gegriffen, berichtet Teschner. „Es war unser schönster Dank, wenn sich die Kolleginnen und Kollegen über unsere Versorgung freuten, was sie ausnahmslos zum Ausdruck gebracht haben.“ Auch die Äpfel, das Eis und die Erdnüsse seien ihnen quasi aus den Händen gerissen worden. Diese Unterstützung sei „wirklich sinnvoll und auch notwendig“ gewesen. „Die Kolleginnen und Kollegen haben sich wirklich gefreut – auch über die Sonnenmilch“, ergänzt Ingo Knüppel.

Nachdem das „Team Hannover“ am Mittwoch zunächst bis 20 Uhr die Einsatzkräfte versorgt hatte, meldete es sich für Donnerstag zum Nachtdienst, da hier noch Bedarf war und „wir ausgeruht waren“. Allerdings machte die Verkehrssituation in und um Hamburg den Betreuungseinsatz nicht einfach. Von der Unterkunft 20 Kilometer südlich der Stadt bis ins Einsatzgebiet benötigten die ehrenamtlichen Helfer gut vier Stunden. Ein Haupteinsatzort war dann das Gebiet

rund um die Barclaycard-Arena, in der das große Popkonzert stattfand, wo die Helfer einige Kolleginnen und Kollegen aus dem PK Hannover-Misburg trafen. „Da wir uns kannten, war es ein besonders nettes Wiedersehen“, erzählt Wolfgang Teschner.

Gegen Mitternacht ging es für die niedersächsischen Einsatzbetreuer zurück in die Unterkunft. Als sie am nächsten Tag, dem Gipfel-Freitag, gerade zur erneuten Versorgung der Einsatzkräfte aufbrechen wollten, kam die Nachricht „Sofort abbrechen und nach Hause fahren“. Die Schreckensmeldungen von verletzten Kolleginnen und Kollegen, von den Ausschreitungen und vom Chaos hatten die Einsatzbetreuer die ganze Zeit schon immer über das Handy verfolgt. „Dann wurde es aber zu unübersichtlich, und die GdP-Zentrale hat abgebrochen“, erzählt Wolfgang



Einsatzkräfte stärken sich bei den Einsatzbetreuern der GdP Niedersachsen. Foto: WT

Teschner. Es war eine spannende Erfahrung, auch wenn es anstrengend und die Anspannung groß war – so das Fazit von Wolfgang Teschner und Klaus-Dieter Schreier. Für beide war es die erste Einsatzbetreuung. „Wenn es zeitlich passt, sind wir wieder dabei – weil es gebraucht wird!“ **AH**

Neue Mitarbeiterin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Niedersachsen hat eine neue Mitarbeiterin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Angela Hübsch hat Anfang Juli ihre neuen Aufgaben übernommen.

Landesvorsitzender Dietmar Schilff sagte: „Ich freue mich, dass wir für die



Neues Gesicht in der GdP-Geschäftsstelle: Angela Hübsch als neue Presse- und Öffentlichkeitsmitarbeiterin

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine kompetente Mitarbeiterin gewinnen konnten, die sich um die Belange der Medienkolleginnen und -kollegen kümmern wird und fachkundig Auskünfte geben kann.“

Angela Hübsch (Jahrgang 1973) ist ausgebildete Journalistin und stammt aus Hessen. Nach dem Volontariat bei der Fuldaer Zeitung arbeitete sie zunächst beim Hessischen Rundfunk in Fulda. Sie studierte in Bremen Fachjournalistik und kam 2009 zum Norddeutschen Rundfunk nach Hannover. In den vergangenen Jahren war sie dort als Hörfunkreporterin und in der Onlineredaktion tätig.

Erreichbar ist unsere neue Mitarbeiterin in der GdP-Landesgeschäftsstelle unter der Telefonnummer 05 11/ 5 30 37 22 oder per Mail unter angela.huebsch@gdp.de. Sie steht gerne auch den Bezirks- und Kreisgruppen in allen Fragen der Öffentlichkeitsarbeit mit Rat und Tat zur Seite.

Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit. **JH**



Termincheck

JHV der KG Oldenburg-Land am 17. 9. 2017

Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Oldenburg-Land findet am Donnerstag, dem 17. 8. 2017 um 18 Uhr im Restaurant Mongolei in 27777 Ganderkesee, Wildeshauser Landstraße 66, statt. Hierzu sind alle Kreisgruppenmitglieder herzlich eingeladen. In diesem Jahr steht u. a. die Vorstandswahl auf dem Programm. An der Veranstaltung wird auch der stellv. Landesvorsitzende Jörg Mildahn teilnehmen. Nach der Veranstaltung sind alle Teilnehmer/-innen zu einem gemeinsamen Essen eingeladen.

Sven Hoopmann, 1. Vorsitzender

Mitgliederversammlung der KG Braunschweig am 29. 8. 2017

Am Dienstag, 29. 8. 2017, ab 16 Uhr lädt die Kreisgruppe Braunschweig im Blauen Salon zur diesjährigen Mitgliederversammlung recht herzlich ein.

Zuvor werden ab 14.30 Uhr die Jubilare im Rahmen einer Kaffeestunde geehrt.

Wie immer wird nach Beendigung ein Imbiss gereicht.

Klaus Uhde

Sommergrillen der KG Lüneburg am 8. 8. 2017

Am Dienstag, dem 8. 8. 2017, ab 16 Uhr wollen wir uns zum sommerlichen Grillen bei der Marinekameradschaft in der Lise-Meitner-Straße (hinter der Feuerwehr) treffen. Angehörige und Nichtmitglieder sind natürlich auch willkommen. Um Anmeldung bei Martina Alexander (0 41 31/ 83 06-13 24) wird gebeten.

Hauke Papenberg, Vorsitzender



Zum bereits sechsten Mal veranstaltet die Kreisgruppe Braunschweig am Donnerstag, 24. 8. 2017, ab 10.30

Uhr ihr BOS-Sportfest. Neben einem Fußballturnier auf dem Kleinfeld, Beachvolleyball und einem Tennisturnier gibt es auf dem Gelände der Bezirkssportanlage Schwarzer Berg in Braunschweig wieder viel Gelegenheit, nette Gespräche zu führen. Nähere Informationen sind über den Kollegen Michael Steinhof erhältlich. Er ist erreichbar via E-Mail: hans-michael.steinhof@polizei.niedersachsen.de oder Telefon: 05 31-4 76-30 06.

Klaus Uhde

Bericht

80. Geburtstag und GdP-Jubiläum – Ehrung für Helmut Blätsche



Ralf Hermes und Helmut Blätsche Foto: GdP

Im Rahmen des am 13. Juni 2017 stattgefundenen Delegiertentages der Bezirksgruppe Hameln wurde Helmut Blätsche im Kreise von rund 100 Delegierten im Beisein auch von Dietmar Schilff, des Landespolizeidirektors Knut Lindenau und des Polizeipräsidenten Uwe Lührig für 60 Jahre Mitgliedschaft in der GdP geehrt.

Der ehemalige GdP-Landesvorsitzende hat sich in den vergangenen Jahrzehnten auf vielen Ebenen unserer Gewerkschaft, wie auch in der Gesellschaft für die Bedürfnisse und Belange der Polizeibeschäftigten eingesetzt. Das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit als Bürgerpolizei hat er wesentlich mitgeprägt. Er hat einen wichtigen Anteil dazu geleistet, dass die Polizei einen sehr hohen Anerkennungsgrad hat. Beispielhaft sei dazu die Initiierung und ununterbrochen fortlaufende Organisation der Polizeifeste in Hameln seit mehr als 46 Jahren genannt.

Auf Landesebene Niedersachsen gilt er als einer der „Väter“ der zweigeteilten Laufbahn in der Polizei (1992).

Es gibt mehrere Auszeichnungen für seine ehrenamtliche Tätigkeit, genannt sei beispielhaft die Ehrung des Landes Niedersachsen im Jahre 2003 für „Vorbildliche Dienste am Nächsten und für das Gemeinwohl“.

Wir sind sehr stolz, Helmut in unseren Reihen zu haben und wünschen ihm noch viele aktive, gesunde und fröhliche Jahre.

Er hat sich im besonderen Maße, weit über das normale Wirken in den einzelnen Funktionen hinaus, um das Gemeinwohl verdient gemacht.

**Ralf Hermes,
Vorsitzender der
GdP-Bezirksgruppe Göttingen**

SENIORENGRUPPE

Herbstseminar in Visselhövede

Die Landesseniorengruppe in der GdP Niedersachsen veranstaltet im Oktober ein zweitägiges Seminar für Rentnerinnen und Rentner. Zum Auftakt wird Sebastian Meise vom DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt ein Referat über die „Rente - Lebensgrundlage im Alter“ halten. Danach wird das „AktivProgramm für Senioren“ zur Vorsorge vorgestellt.

Jörg Mildahn als stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen und Erwin Jark als Landes seniorenvorsitzender werden aus der gewerkschaftlichen Arbeit ihrer jeweiligen Bereiche berichten. Am zweiten Tag geht es um Rechtsextremismus in Deutschland. Dazu wird Thomas Domke vom DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt sprechen. Außerdem ist ein Referat über gesundheitliche Vorsorge im Bereich Ernährung und Rücken geplant, das Anja Gander (Gesundheit/Sport bei der PD Braunschweig) halten wird.

Anmeldungen:

Dieses Seniorenseminar findet am 11. und 12. Oktober 2017 in Visselhövede statt und richtet sich an Rentnerinnen und Rentner. Anmeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle per E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp.de, Anmeldeschluss ist der 31. August 2017.

Red.

